

die Autorin konsequent auf die empirischen Fallstudien der beiden Föderalismuskommissionen an. Das führt dazu, dass die Arbeit für ein breites Publikum interessant sein dürfte. Sowohl für die Föderalismusforschung, als auch zum Thema Verfassungswandel bringt der deliberative Untersuchungsansatz innovative Gedanken in die Debatte ein. Doch auch für Interessierte an der deliberativen Demokratietheorie eröffnen sich mit den beiden Föderalismuskommissionen neue empirische Fälle, die zur Entwicklung der theoretischen Diskussion beitragen.

Dominic Heinz

von Arnim, Hans Herbert. *Politische Parteien im Wandel. Ihre Entwicklung zu wettbewerbsbeschränkenden Staatsparteien – und was daraus folgt*. Berlin. Duncker & Humblot 2011. 94 Seiten. 18,00 €.

Die Bundestagsparteien sind bekanntlich vielfältigen Wandlungsprozessen unterworfen. Der Wandel, den Hans Herbert von Arnim mit dem vorliegenden Buch ins Auge fasst, bezieht sich auf das Verhältnis der bundesdeutschen politischen Klasse zur ihrer Parteibasis, zu den Bürgern und zur parteipolitischen Konkurrenz außerhalb der Parlamente. Wie der Verfasser darlegt, haben sich aus den Parteien seit geraumer Zeit finanzstarke Klone entwickelt, die zu Staatsparteien beziehungsweise zu so genannten „Ersatzparteien“ (17) mutierten. Gemeint sind damit Parlamentsfraktionen und deren Abgeordnetenmitarbeiter sowie Parteistiftungen, die zunehmend die parteipolitische Willensbildung von oben nach unten ausführen und Abgeordnetenmitarbeiter für Parteiarbeit au-

ßerhalb der Parlamente einspannen. Schwerpunkt seiner Kritik ist die in den letzten Jahrzehnten immens angestiegene staatliche Finanzierung der genannten Akteure, was er grundsätzlich nicht in Frage stellt, aber in dieser Art und Weise hinterfragt. Als zentrales, institutionelles Problem identifiziert von Arnim die mangelnde Kontrolle bei gleichzeitiger Verfügbarkeit der Mittel, zumal die Parlamente selbst über ihren Finanzbedarf entscheiden. Aus den finanzstarken Ersatzparteien folgt unter anderem, dass durch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, die neben den Fraktionen auch deren Parteien zu Gute kommen, der Wettbewerb mit kleinen Parteien, die an der 5%-Hürde scheitern oder nur auf kommunaler Ebene vertreten sind, zuungunsten der Kleinen verzerrt wird.

Mit diesem Buch knüpft von Arnim an seinen früheren staatswissenschaftlichen Arbeiten an, die er durch politikwissenschaftliche Ansätze, insbesondere aus der *party-change*-Forschung, ergänzt. Die Gliederung umfasst sieben Kapitel, deren Titel den stimmigen konzeptionellen Zuschnitt der Arbeit adäquat wiedergeben. Ein Anhang zur Kostenentwicklung rundet die Darstellung des hier beschriebenen Wandels ab. Hervorzuheben ist das Kapitel „auf dem Weg zur Staatspartei“ (D), da es sich durch eine überzeugende Mischung aus staats- und politikwissenschaftlicher Analyse auszeichnet, wobei nebenbei Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Disziplinen klar veranschaulicht werden. Insgesamt umfasst das vorliegende Buch somit eine Ist- und Soll-Analyse, die der Autor entsprechend seiner eigenen Zielsetzung durch „Klagemöglichkeiten für entmündigte Bürger und diskriminierte Parteien“ (5) ergänzt. Dabei zeichnet

es sich durch seine interdisziplinäre Analyse aus, die meines Erachtens ein fruchtbarer Beitrag zum Verhältnis der etablierten politischen Parteien beziehungsweise der politischen Klasse und Bürger ist. Obwohl im Anschluss an die Analyse das Hauptaugenmerk auf der staatsrechtlichen Bewertung des gewaltigen Anstiegs der finanziellen Mittel der Parlamentsfraktion und dem damit korrelierenden Anstieg von Abgeordneten Mitarbeitern und den Mitteln für Parteistiftungen liegt, wird über den beschriebenen Wandel zu Staats- respektive Ersatzparteien eine plausible Verbindung zur Verdrossenheit der Bürger hergestellt. Aber auch die oben genannte *top-down*-Willensbildung spiegelt sich darin wider. Der geringe Seitenumfang des Buches lässt gleichwohl bereits erahnen, dass bei einem solch komplexen Thema einige Fragen offen bleiben. Beispielsweise wird das Verhältnis zwischen steigenden Finanzausstattungen der Parlamente und deren Stellenwert im politischen System und insbesondere im Verhältnis zur Regierung nur ansatzweise angesprochen (u. a. 32). Fernerhin wird nicht deutlich, ob der Anstieg der Finanzmittel im Konsens aller Parlamentsparteien in Bund und Ländern erfolgte oder ob dieser von parteipolitischen Konflikten begleitet wurde. Zwar werden Unterschiede zwischen den Länderparlamenten im Umgang mit Mitteln und Abgeordnetenmitarbeitern dargelegt, unklar bleibt aber, ob in dieser Entwicklung Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien oder den Groß- und Kleinparteien in den einzelnen Parlamenten gegeben sind, was durchaus auch aus strategischen Gründen im Wettbewerb denkbar wäre. Nichtsdestotrotz ist das vorliegende Werk von Arnims besonders hinsicht-

lich der interdisziplinären Analyse überaus lesenswert und anregend. Gerade die dargelegte Herausbildung der Staats- beziehungsweise Ersatzparteien ist schon mit Blick auf die politische Willensbildung und des Verhältnisses zwischen Bürgern und Politik sehr hilfreich, offenbaren sich darin doch Differenzen zwischen politischen „Sachzwängen“ und dem Befinden der Bürger. Dieses Missverhältnis könnte dann auch den Rückgang von Wahlbeteiligungen und Parteimitgliedschaften zu erklären helfen.

Christian Kaiser

Buscher, Daniel. *Der Bundesstaat in Zeiten der Finanzkrise. Ein Beitrag zur Reform der deutschen Finanz- und Haushaltsordnung (Föderalismusreform)*. Berlin. Duncker & Humblot 2010. 533 Seiten. 96,00 €.

Das Politikfeld Finanzföderalismus ist durch Ereignisse wie die Föderalismusreform II im Jahr 2009, die gegenwärtige Implementation der Schuldenbremse auf Bundes- und Länderebene und die 2006 gescheiterte Verfassungsklage Berlins auf mehr Bundessolidarität ein Dauerthema, nicht nur in der politikwissenschaftlichen Debatte. Die Initiativen, Normen und Interessenlagen in dieser Debatte zeichnen sich dabei durch eine gewisse Unübersichtlichkeit aus, die Daniel Buscher in seiner juristischen Dissertation gut zu strukturieren und transparent zu machen versteht. Ohne (politikwissenschaftliche) Fragestellungen wie Policy-Wandel oder den Einfluss des Verfassungsgerichtes auf die Politik explizit zu thematisieren, liefert der Band doch sehr systematisch Hintergrundinformationen für weitergehende Analysen.